

Niederösterreichischer Landtag.

Der Landtag hielt gestern zwei Sitzungen ab. Die erste, über die im Abendblatte berichtet wurde, galt ausschließlich einer feierlichen Protestkundgebung gegen den uns von der Entente zugedachten Gewaltfrieden, dessen Bedingungen unter der hitzigen Zustimmung aller Parteien als unannehmbar und undurchführbar bezeichnet wurden. Eine halbe Stunde nach dieser außerordentlichen Sitzung folgte die zweite, in der eine umfangreiche Tagesordnung zur Erledigung gelangte. Bei einem Lehrer- und Schulkragen betreffenden Antrage kam es zwischen den Sozialdemokraten und Christlichsozialen zu ziemlich scharfen Auseinandersetzungen.

Nachstehend der Bericht:

Anfragen und Anträge.

Die Abgeordneten Bierbaumer und Gewissen stellen eine Anfrage betreffend die Einreisebewilligung für die Familien der ungarischen Volksbeauftragten und fordern den Landeshauptmann auf, diese Bewilligung, die auch politisch gefährlich sei, zu widerrufen.

Die Sachdemobilisierung.

Die Abgeordneten Volkert und Genossen fordern in einem Antrage die Beschleunigung der Sachdemobilisierung, damit durch eine rasche Freigabe der noch vorhandenen militärischen Güter die Arbeitsnot gemildert und brachliegender Kulturboden wieder dem Anbau zugeführt werde. Der bürokratische Apparat für die Sachdemobilisierung, so wird in der Begründung ausgeführt, habe einen komplizierten und riesenhaften Umfang erreicht, während die Sachgüter durch diebstahl, Plünderungen und durch sonstige Einflüsse erheblich weniger und wertloser werden, zum Teil aber auch durch unvorsichtige Lagerung dem Verderben ausgesetzt seien. Für die bodenständige Industrie und für das Gewerbe seien nur kleine Mengen von Gütern freigegeben worden, während die Tschechen, Ungarn, Jugoslawen und Polen von dem ihnen gebührenden Teile raschen Gebrauch gemacht und von den vorhandenen Sachgütern für sich die beste Auswahl getroffen haben. Der uns Bleibende Rest werde durch den schwerfälligen Apparat nicht im notwendigen Maße einer zweckdienlichen Auswertung zugeführt. Es scheint fast, daß diese Reste den Vorkwand bilden, einzelnen so lange als nur möglich eine gute Versorgungsmöglichkeit zu sichern. Die Beurteilung über die zweckdienlichste Auswertung des Gesamtmaterials solle nur von praktisch erfahrenen Sachleuten erfolgen, die nicht als Angestellte der Hauptanstalt für Sachdemobilisierung, sondern nur im Ehrenamte gegen Entschädigung der Kosten zu wirken haben.

Die Uebelstände bei der Zuckerverforgung.

Die Abgeordneten Dr. Lutz und Genossen bringen eine Interpellation ein betreffend die Uebelstände bei der Versorgung der Bevölkerung mit Verbrauchszucker. Wie auf andern Gebieten der Erzeugung sei auch beim Zucker für die wohlhabenden Schichten die Möglichkeit gegeben, in reichlicher Weise ihre Bedürfnisse zu befriedigen, während die breiten Massen der Bevölkerung bittersten Mangel leiden müssen. Die Erzeugung von Rohzucker und zuckerhaltigen Backwaren habe einen unglaublichen Aufschwung genommen und zieht in offener Mißachtung der bestehenden Vorschriften im Wege des Schleißhandels Ummengen von wichtigen Volksernährungsmitteln an sich. Die Interpellanten fordern, daß die zuckerverarbeitende Industrie streng kontrolliert und die Hinausgabe von Zucker an sie so lange eingeschränkt werde, bis die ordnungsmäßige allgemeine Versorgung mit Verbrauchszucker sichergestellt sei. Gegen die unerhörte Ausbeutung der Bevölkerung durch die unter Duldung der Behörden verlangten Zuckerpreise müsse mit aller Energie eingeschritten und der allseits sehnsüchtig erwartete Abbau der Preise rücksichtslos durchgeführt werden.

Das Tragen tschechischer Abzeichen.

Die Abgeordneten Dr. Riehl und Genossen beantragen, das Tragen tschechischer Abzeichen auf dem Gebiete von Niederösterreich so lange zu verbieten, als auch im tschecho-slowakischen Staate das Tragen deutscher Abzeichen verboten ist.

Erhebungen über die nichtdeutschen Angestellten.

Landeshauptmann Seber beantwortet eine Interpellation des Abg. Bierbaumer betreffend die Kündigung der nichtdeutschen Angestellten im Landes-, Schul- und Gemeinbedienste und teilt mit, daß in dieser Angelegenheit zunächst Erhebungen erforderlich sind, die bereits in Angriff genommen seien; er werde das Ergebnis sowie die Stellungnahme des Landesrates in dieser Frage sofort bekanntgeben.

Hierauf wird in die Beratung der Tagesordnung eingegangen.

Die Lage der Deutschen in Rumänien.

Die Abgeordneten Dr. Riehl und Genossen stellen eine Anfrage an den Landeshauptmann, in welcher ausgeführt wird, daß die Deutschen in Westungarn unter der Herrschaft der kommunistischen Budapester Regierung entsetzlich zu leiden haben. Sie werden unaufröcklich durch Requisitionen ge-

quält. Die Landesregierung wird gefragt, was sie zu tun gedenkt, um die Deutschen Westungarns, die durch viele Jahrhunderte mit Niederösterreich verbunden waren, entsprechend den Selbstbestimmungsrechte von der Herrschaft der magyarischen Volksherrschaft zu befreien.

Lehrer- und Schulkragen.

Abg. Dr. May Adler berichtet über den Antrag des Schulausschusses betreffend die Vorstellung der Staatsregierung gegen den Beschluß der provisorischen Landesversammlung über die Rechtsverhältnisse des Lehrersandes an den öffentlichen Volksschulen. Es wird der Antrag gestellt, die Gemeinde Wien sei aufzufordern, dem Landtage mit aller Beschleunigung den Entwurf eines neuen Gehaltsgesetzes für die Lehrpersonen Wiens vorzulegen.

Abg. Volkert wendet sich gegen die Geschäftsführung des Unterstaatssekretärs für Unterricht, der wiederholt in die Autonomie des Landes eingreife. Wenn es sich um die Vertretung der Lehrer handelt, sollen vor allem die Lehrer gehört werden.

Abg. Zwilling bemerkt, es werde immer auf die Not der Lehrer verwiesen. Wer habe in dieser Beziehung an der Lehrerschaft gekündigt? Jahrzehnte hatten die Christlichsozialen die Herrschaft und trugen nichts von der Not der Lehrerschaft. Wir wollen die Lehrer davor schützen, damit sie künftig nicht so geschädigt werden.

Der Antrag des Schulausschusses wird hierauf angenommen.

Abg. May Adler referiert über einen Antrag des Schulausschusses wegen Gewährung eines Teuerungszbeitrages an die Lehrpersonen des flachen Landes, rückwirkend vom 1. Mai 1919.

Abg. Dr. Weirer beantragt die Einbeziehung der Religionslehrer.

Abg. Dr. Prader verlangt eine Erhöhung des bisherigen 50prozentigen Teuerungszbeitrages. Die Schuldner, die von der Gemeinde bezahlt würden, wie zum Beispiel in St. Pölten, beziehen jetzt, wenn sie einige Dienstjahre aufzuweisen haben, einen Jahresgehalt von 3000 bis 10.000 K., der Lehrer oder Oberlehrer an derselben Schule einen Gehalt von 3000 bis 4000 K. (Rufe: Hört! Hört!)

Abg. Dr. Friedjung fragt, warum der Vordruck diese Erhöhung nicht vor dem 30. April vorgelegt habe? Ein solches Vorgehen mache den Eindruck, als ob es sich um eine Vizitation handle. Die 50 Prozent seien genau so ungenügend wie 100 Prozent und noch mehr. Auf diesem Wege komme man zu keiner sachlichen Erledigung. Man könne nicht jeden Tag neue Beschlüsse fassen.

Abg. Krikawa: Das habt Ihr früher nicht gewußt? (Gegenrufe bei den Sozialdemokraten.)

Berichterstatter Adler hält den Christlichsozialen vor, daß ihre Mitglieder im Schulausschusse von dem Beschlusse über die fünfzigprozentige Erhöhung der Teuerungszulage nichts gesagt hätten. Andernfalls wäre diese Angelegenheit in vollständig sachlicher Weise erledigt worden. Die Christlichsozialen hätten etwas verschwiegen, was zur Sache gehört, weil sie aus parteipolitischen Zwecken Kapital daraus schlagen wollten. Das sei ein unwürdiges Vorgehen. (Lebhafte Zwischenrufe bei den Christlichsozialen.)

Abg. Krikawa: Das wird euch noch öfter passieren!

Berichterstatter Adler: Es wird uns hoffentlich nicht mehr so oft passieren, weil wir aus dieser Angelegenheit heute gelernt haben. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten, Zwischenrufe bei den Christlichsozialen.) Die sozialdemokratische Partei wird alles tun, was zur Besserung des lernenden Volkes, also auch der Lehrer, beiträgt. Wir können aber solche Anträge nicht ins Blaue hinein bewilligen, bevor wir uns über ihre Durchführbarkeit informiert haben.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Ausschusses, den Landesrat aufzufordern, noch vor den Sommerferien einen Gesetzentwurf, die Rechts- und Gehaltsverhältnisse der Lehrerschaft des flachen Landes betreffend, zur Beschlußfassung vorzulegen, angenommen, der Antrag bezüglich des Teuerungszbeitrages wird dem Schulausschusse zur ehesten Berichterstattung zugewiesen. Die Zusatzanträge Weirer und Prader werden gleichfalls angenommen.

Berichterstatter Zwilling stellt namens des Schulausschusses folgenden Antrag: „Der Landesrat wird angewiesen, bei Besetzung von Lehrstellen an den Landesmittelschulen in erster Linie die subsistenzlosen Lehrpersonen aus fremdnationalen Staaten, die ursprünglich in Niederösterreich zuständig waren, zu berücksichtigen.“

Landesrat Karl Müller stellt den Zusatzantrag, diese subsistenzlosen Lehrpersonen nicht nur an den Landesmittelschulen, sondern auch an den Volks- und Bürgerschulen zu berücksichtigen.

Abg. Bierbaumer weist darauf hin, daß nicht nur Lehrer, sondern auch Beamte in überaus großer Zahl aus den Entzessionsstaaten ausgewiesen worden sind und nun ohne Heim und Verdienst dastehen. Für diese vertriebenen Beamten müsse unbedingt Raum geschaffen werden. Er stellt deshalb den Antrag, die Landesregierung zu beauftragen, die Vorarbeiten zur Entziehung der nichtdeutschen Beamten und Angestellten im Landes-, Schul- und Gemeinbedienste unverzüglich zu veranlassen.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Schulausschusses mit dem Zusatzantrage Müller angenommen, der Antrag Bierbaumer abgelehnt.

Bermehrung der Gemeinderatsmandate in den Landstädten.

Es wird hierauf der Antrag des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über das Ansuchen der Gemeinden Mödling und Korneuburg betreffend die Erhöhung der Zahl der Gemeinderatsmandate in größeren Städten in Beratung gezogen.

Abg. Präsident Seih hält dieses Gesetz vom Standpunkte der jetzt bevorstehenden Wahlen aus für bedenklich. Die Wahlvorschläge sind bereits erstattet, die Frist dafür ist schon abgelaufen; es müßten daher jetzt zugleich die Fristen bezüglich des Wahlvorschlages verlängert werden. Zur präzisieren Fassung der Abänderungen beantragt er, die Sitzung zu unterbrechen.

Die Sitzung wird hierauf unterbrochen. Nach Wiederaufnahme derselben werden die bezüglichen vom Gemeinde- und Verfassungsausschusse vorgeschlagenen Änderungen zum Beschluß erhoben.

Die amerikanische Ausspeiseaktion.

Landesrat Volkert berichtet hierauf namens des Landesrates über die amerikanische Ausspeiseaktion zugunsten der Jugend. Bezüglich die Aktion „Wiener Kinder aufs Land“ bemerkt Redner, daß diese Aktion leider nicht den erwarteten Erfolg gezeitigt habe. Um aber trotzdem in dieser Richtung etwas zu schaffen, habe das Landesjugendamt an verschiedenen Orten des Landes Plätze für Kinder in Anspruch genommen. Der Referent stellt den Antrag, daß das Land für die amerikanische Kinderhilfsaktion einen Beitrag von 300.000 K. und zu der vom Landesrate eingeleiteten Aktion zur Unterbringung besonders erholungsbedürftiger Kinder einen Beitrag von 200.000 K. bewilligt. Schließlich spricht der Referent dem amerikanischen Volke für seine Hilfeleistung den herzlichsten Dank aus. (Lebhafte Beifall und Handklatschen.)

Abg. Wolny hätte gewünscht, daß von den vermögenden Familien auf dem Lande Kinder über die Ferien aufgenommen würden. Der Landesrat möge sich noch einmal an die Landbevölkerung wenden.

Landesrat Volkert bemerkt, daß sich das Landesjugendamt über Auftrag des früheren Referenten Kunzhal an die Geistlichkeit und an die Bürgermeister gewendet habe. Die Unterbringung der Kinder in Familien konnte aber leider nicht erreicht werden. (Lebhafte Rufe: Warum?) Das kann ich leider nicht sagen. Ich kenne die Gründe einer derartigen Herzenskälte, wie wir sie in dieser Beziehung kennen gelernt haben, leider nicht.

Abg. Weirer: Es ist nicht Herzenskälte, es ist ein anderer Grund!

Abg. Volkert: Da Sie die Gründe kennen, so sollen Sie uns dieselben doch mitteilen.

Bei der Abstimmung werden die Anträge des Landesrates einstimmig angenommen. (Lebhafte Beifall.)

Nächste Sitzung Dienstag, 11 Uhr vormittags.